



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

Berlin, 05.12.05

## **Regionaler Zug- und Busverkehr muss auf hohem Niveau erhalten bleiben**

„Wir brauchen möglichst schnell eine nüchterne Bestandsaufnahme über den regionalen Zug- und Busverkehr in Schleswig-Holstein und speziell im Hamburger Umland, wenn wir den regionalen öffentlichen Nahverkehr auf hohem Niveau erhalten wollen“, sagt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann, der stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung des Bundestages ist. Der Abgeordnete erwartet hierzu insbesondere auch vom schleswig-holsteinischen CDU-Verkehrsminister Dietrich Austermann konkrete Sachaussagen und klare Prioritäten. Rossmann: „Wenn wir als Vertreter eines Flächenlandes die beabsichtigte Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr um insgesamt 2,1 Milliar-

den Euro abmildern wollen, geht dies nur mit einem klaren Konzept. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.“

Gegenwärtig zahlt der Bund an die Länder rund sieben Milliarden Euro, damit diese einen flächendeckenden, bezahlbaren Nahverkehr gewährleisten. Schleswig-Holstein erhält hieraus 220 Millionen Euro. Diese Mittel sollen 2006 um fünf Prozent gekürzt werden. Das Sparvolumen soll sich bis zum Jahr 2007 weiter deutlich erhöhen. Rossmann: „Dank der Regionalisierungsmittel des Bundes ist in den vergangenen zehn Jahren im öffentlichen Nahverkehr mehr passiert als in den 30 Jahren zuvor. Dieses hohe Niveau muss gehalten werden.“ Ein klarer Verwendungszweck in den Ländern gehöre dabei ebenso dazu wie eine Konzentration der Mittel auf Schwerpunkte und effektiv genutzte Fahrzeiten. Ein Kapputtsparen beim öffentlichen Nahverkehr darf es nach Ansicht von Rossmann jedenfalls nicht geben. Rossmann: „Hier sind allerdings nicht nur der Bund, sondern auch die Länder in der Pflicht, denn auch die Länder haben durch die geplanten Steuererhöhungen deutliche Mehreinnahmen zu erwarten.“